

Die Nationale Sicherheitsstrategie braucht dringend Updates

Die internationale Bedrohungslage für Deutschland im Cyber-Space nimmt in Quantität und Qualität stark zu. Gemäß dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) ist die Bedrohungslage im Cyber-Raum so hoch wie nie zuvor. Sie stellt eine echte Bedrohung für Staat, Gesellschaft und Wirtschaft dar.

Dr. Reinhard Brandl, MdB (CDU/CSU)

Russland setzt in seinem Angriffskrieg auf die Ukraine neben konventionellen Waffen auch Instrumente zur Cyber-Kriegsführung ein. Das zeigen ganz deutlich die rund 3.000 Windräder in Deutschland, deren Funktionen bei einem mutmaßlich russischen Angriff auf den vom ukrainischen Militär genutzten Satelliten-Betreiber Viasat als Kollateralschaden gestört wurden.

Die behördlichen Zuständigkeiten im Cyber-Raum zeichnen sich in der Bundesrepublik Deutschland dagegen aktuell vor allem dadurch aus, dass der Bund bei einem großen Cyber-Angriff auf Deutschland nur zuschauen kann. Zwar ist

das BSI unter der Dienstaufsicht des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI) auf Bundesebene für die Cyber-Sicherheit verantwortlich. Für die Abwehr von Gefahren – und damit auch von Cyber-Gefahren – sind derzeit aber grundgesetzlich die Bundesländer zuständig. Das BSI hilft nur dann, wenn die Länder darum bitten. Die Befugnisse und Instrumente des Bundes im Cyber-Raum sind daher rein präventiver und beratender Natur. Auch die Zuschreibung von Cyber-Angriffen zu Akteuren ist damit gegenwärtig häufig nur sehr schwer möglich. Welche Kompetenzen das gut aufgestellte Kommando CIR der Bundeswehr im Falle



Foto: Peter H. P. N. / pixabay.com

eines Cyber-Angriffs hat, ist darüber hinaus völlig unklar. Kurz gesagt: Im Ernstfall steht Deutschland im Cyber-Raum blank da.

Verfügbares Schutzprogramm getestet: Nationale Sicherheitsstrategie defizitär

Die Ampel-Regierung hat mit der Nationalen Sicherheitsstrategie im Sinne eines ganzheitlichen Ansatzes versucht, eine „One fits all“-Lösung für alle sicherheitspolitischen Bereiche vorzulegen. In der Analyse der Gefahrenlage im Cyber-Raum und der Defizite in der Cyber-Sicherheitsarchitek-

tur liegt sie weitgehend richtig. Erfreulicherweise erkennt sie auch, dass die historisch gewachsene, strikte institutionelle Trennung der Äußeren und Inneren Sicherheit für den Cyber-Raum überholt scheint und wir stattdessen in diesem Punkt die Zusammenarbeit der beiden Dimensionen intensivieren müssen.

Wenn es dann aber an konkrete Vorschläge geht, wie Deutschland der steigenden Bedrohung im Cyber-Raum begegnen kann, sind der Nationalen Sicherheitsstrategie die in der Presse berichteten Streitereien innerhalb der Ampel-Koalition deutlich anzumerken. Zwar enthält sie einige gute Vorschläge wie die Erstellung eines ganzheitlichen Cyber-Lagebilds. Dennoch bleibt mit der Nationalen Sicherheitsstrategie die Zeitenwende in der Cyber-Abwehr aus folgenden Gründen erst einmal aus.

Erstens verkündet die Ampel zwar eine Weiterentwicklung der „Cybersicherheitsstrategie“ der Bundesregierung. Das tut sie damit aber bereits zum dritten Mal, nachdem diese erst im Koalitionsvertrag im Jahr 2021 und dann in der „Cybersicherheitsagenda“ des BMI im Jahr 2022 groß angekündigt war. Bis heute liegt immer noch keine neue Cybersicherheitsstrategie der Ampel vor. Fraglich ist deshalb, ob die Ampel vor lauter Streitereien die Weiterentwicklung überhaupt noch in dieser Legislaturperiode schafft.

Zweitens duckt sich die Ampel ebenfalls aufgrund interner Streitereien bei der Antwort auf die Frage nach einer aktiven Cyber-Abwehr weg und flüchtet sich in einen wachweichen Prüfauftrag. Damit bleibt Deutschland in der Cyber-Sicherheit weiterhin nur bedingt abwehrbereit.

Drittens ist die erneute Ankündigung der Ampel, das BSI unabhängiger aufstellen zu wollen, eine absolute Farce. Denn zum einen musste Bundesinnenministerin Faeser im April eingestehen, dass die Absetzung des BSI-Präsidenten Arne Schönbohm ungerechtfertigt war. Dafür hat Ministerin Faeser sich bis heute nicht öffentlich entschuldigt oder Herrn Schönbohm rehabilitiert. Zum anderen hat die Ampel-Koalition in diesem Jahr ein Gesetz geändert, mit dem die Präsidentin des BSI vom BMI jederzeit in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden kann. Somit befindet sich die neue BSI-Präsidentin in einer völligen Abhängigkeit in allen ihren Entscheidungen gegenüber der Bundesregierung. Das ist das genaue Gegenteil der Forderung im Ampel-Koalitionsvertrag nach einem unabhängigeren BSI.

Viertens enthält die Nationale Sicherheitsstrategie keine konkreten Maßnahmen, wie die Zusammenarbeit von Innerer und Äußerer Sicherheit im Cyber-Raum spürbar intensiviert werden soll. Die Gründung eines Nationalen Sicherheitsrats beispielsweise, der genau der richtige Ort für die strategische Integration aller sicherheitspolitischen Bereiche wäre, ist in der Nationalen Sicherheitsstrategie nicht enthalten. Wie aus der Presse zu erfahren ist, konnte sich die



Stehen als Kollateralschäden seit dem Krieg Russlands in der Ukraine öfter im Fokus: Windräder als Teil der Kritischen Infrastruktur. Die Resilienz von Deutschlands Cyber-Sicherheitsarchitektur wird immer wichtiger.

Foto: Peter H, pixabay.com

Ampel nicht darauf einigen, wo der Nationale Sicherheitsrat angesiedelt wäre.

Zusammenfassend sieht eine schlagkräftige Nationale Sicherheitsstrategie aus Perspektive der Cyber-Sicherheit definitiv anders aus. Vielmehr führt der vorgelegte Ampel-Kompromiss am Ende in die weitgehende Handlungsunfähigkeit Deutschlands bei der Cyber-Abwehr.

Day-One-Patch nötig: Lücken in der Cyber-Abwehr schnell schließen

Im Folgenden unterbreite ich fünf konstruktive Vorschläge für eine Neuaufstellung der Cyber-Abwehr unter gesamtstaatlichen Gesichtspunkten.

Erstens, die Cybersicherheitsstrategie darf nicht mehr nur von der Bundesregierung angekündigt, sondern sie muss endlich vorgelegt werden.

Zweitens, der Bund sollte nicht nur eine Zuständigkeit zur Abwehr von schweren Cyber-Angriffen aus dem In- und dem Ausland bekommen. Er sollte diese auch aktiv zuordnen und beenden können. Dabei lehne ich den Begriff des Hackbacks ab. Er impliziert Maßnahmen im Sinne von zerstörerischen Vergeltungsschlägen. Darum geht es nicht. Dem Bund sollten dennoch aktive Cyber-Abwehrfähigkeiten an die Hand gegeben werden, um auch in fremden Netzen laufende Angriffe unterbrechen und forensische Analysen zur Attribution des Angriffs durchführen zu können. Dafür müssen wir die rechtlichen, personellen und technischen Voraussetzungen schaffen.

Drittens, das ganzheitliche Cyber-Lagebild sollte auch tatsächlich alle staatlichen Ebenen und die wesentlichen Kritischen Infrastrukturen umfassen.

Viertens, in einer Gefahrenlage müssen die Abwehrprozesse reibungslos funktionieren. Deshalb darf nicht nur die Bundesregierung flexible Abstimmungs- und Entscheidungswe-

ge einüben. Vielmehr müssen alle föderalen Ebenen in der Cyber-Abwehr eingespielter werden. Dafür brauchen wir regelmäßige gemeinsame Cyber-Übungen der Bundes-, der Länder- und der Kommunalebene – inklusive der Bundeswehr.

Fünftens schlage ich zur intensiveren Verzahnung der zivilen und militärischen Cyber-Fähigkeiten einen Personalaustausch zwischen BSI und der Bundeswehr vor. Soldatinnen und Soldaten sollen in Friedenszeiten beim BSI unter dessen Hoheit in den MIRTs (Mobile Incident Response Teams) eingesetzt werden und dort Praxiserfahrung sammeln. Im Verteidigungsfall würden sie mit den erlernten Fähigkeiten in die Bundeswehr zurückkehren.

Geopolitische Lage duldet keinen Aufschub

Auch nach der Veröffentlichung der Nationalen Sicherheitsstrategie bleibt die Forderung nach mehr gesamtstaatlicher Verantwortung Deutschlands im Cyber-Raum aktuell. Die Anpassung der Cyber-Sicherheitsarchitektur an die aktuellen Herausforderungen ist erst einmal weiter auf die lange Bank geschoben. Die derzeitige geopolitische Lage duldet aber keinen weiteren Aufschub. Jeden Tag könnte Deutschland ein großer Cyber-Angriff treffen. Daher braucht die Nationale Sicherheitsstrategie dringend wichtige Updates für die Cyber-Abwehr. Sonst werden unsere Sicherheitslücken irgendwann ausgenutzt.

Dr. Reinhard Brandl ist digitalpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag.

Foto: Tobias Koch

